

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 3gespaltene Petitzeile 4 Pf.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittags 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

I. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1905

haben in ihrer Entwicklung einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen, auf der ganzen Linie sind dieselben im Vormarsch begriffen, trotz allen Kampfes von links und rechts, den dieselben zu bestehen hatten. Das Generalsekretariat entwirft darüber folgendes Gesamtbild:

Das Jahr 1905 wird in der sozialen Geschichte Deutschlands als ein bis jetzt unübertroffenes Kampfsjahr verbucht werden: die Zahl der am Streiks und Aussperrungen beteiligten Personen betrug nach der amtlichen Streikstatistik:

1905: 526 810

1904: 137 270

1903: 120 876

1902: 64 217

1901: 60 676

Eingeklärt wurde das Berichtsjahr durch den ganzen Kampf der Ruhrbergleute, an dem allein über 200 000 Personen teilnahmen. Ihm folgten die Metallarbeiteraussperrung im Bayern, die Bauarbeiteraussperrung des Ruhrreviers, die Kämpfe in der Thüringer Textil-, Berliner Elektrizität-, Berliner Wäsche-, der Dresdener Zigarrenindustrie u. v. m. Vollständig erfolgreich endete nur die Bauarbeiteraussperrung des Ruhrreviers und zwar mit einem für die Arbeiter sehr günstigen das ganze Ruhrrevier umfassenden Bezirkstarif. Doch wäre es verkehrt, wenn die übrigen Kämpfe für die Arbeiter als vollständig erfolglos verlaufene Bewegungen verbucht würden. Wir sind überzeugt, im Jahre 1906 hätten sich schon bedeutend umfangreichere Kämpfe abgespielt, wenn nicht das Jahr 1905 für die Arbeitgeber als Menetekel vorausgegangen wäre. Hält die aufsteigende Konjunktur noch längere Zeit an, so nähert sich auch in Deutschland die Periode, daß im allgemeinen die Unternehmer der Großindustrie den Standpunkt: „Wir verhandeln nicht“, aufzugeben sich genötigt sehen werden. Ob allerdings das syndizierte Milliardenkapital, von dem der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau ein typisches Vorbild darstellt, mit dem gewerkschaftlichen Kampf allein bezwungen werden kann, ist zweifelhaft; doch wird durch das Fortschreiten der Gewerkschaftsbewegung der gesellschaftliche Einfluß derselben verstärkt und zum Schlusse ist schließlich die öffentliche Meinung, wie auch die Scharfmacher mit Recht befürchten, der Faktor, aus dem die Wespe gegenwärtig hervorgeht; diese wird dann der übermächtigen Kapitalmacht schon zu begegnen wissen. Bedauerlich ist nur, daß die Mehrheit des preussischen Dreiklassenparlamentes die durch den Ruhrbergarbeiterstreik beschleunigten Gesetzesvorlagen für die Arbeiter völlig unbefriedigend gestaltete; blinder Haß gegen die Sozialdemokratie bildete dabei die Haupttriebfeder. Indes, die Entwicklung drängt auf ein Reichsberggesetz und dieses wird um so früher kommen, je hartnäckiger sich die Kohlenbarone dem sozialen Fortschritt widersetzen. Im Reichstage aber ist auch für die Bergarbeiter ein günstigerer Boden als in verchiedenen Landtagen.

Die Gewerkschaftsbewegung hat im Berichtsjahr einen Aufschwung genommen, wie nur in keinem Jahr zuvor. Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung ist an diesem hervorragend beteiligt. Sie hat nicht nur ihre Mitgliederzahl beträchtlich erhöht, sondern, was fast noch wichtiger ist, ihre Leistungsfähigkeit bedeutend verstärkt. Das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften blieb im Berichtsjahr: „Hier (im Westen) wer-

den die Schlochten der Zukunft geschlagen hier wird, vielleicht unter schmerzlichen Wehen, die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung geboren werden, die den Sieg der Gewerkschaftsfache für alle Zukunft verbürgt.“ (Korrespondenzblatt Nr. 1.) „Treiben doch die Verhältnisse auch deren Mitglieder (die der nichtsozialdemokratischen Verbände) in Bohnenkämpfe hinein, und daß dies künstlich in erhöhtem Maße geschieht, dafür werden unsere Gewerkschaften sorgen.“ (Korrespondenzblatt Nr. 2.) Die christlichen Gewerkschaften haben diese Winke verstanden; sie haben vorgehakt. Heute erheben alle bedeutenderen christlichen Verbände dieselben Beiträge wie ihre sozialdemokratischen Konkurrenzorganisationen. An Opferwilligkeit lassen sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen von ihren sozialdemokratischen Kollegen nicht mehr übertreffen. In den wichtigsten deutschen Industriezentren, im rheinisch-westfälischen Industrieviertel, wie auch im Saarrevier können wir wirtschaftlichem Gebiete große wichtige Aktionen gegen oder ohne die christlichen Gewerkschaften nicht mehr unternommen werden; auch in Ober- und Niederösterreich verfügten dieselben schon über die gleiche Position, wenn nicht der unselige Kampf mit den katholischen Fachabteilungen die Kräfte zersplitterte und den Erfolg erschwerte. Doch auch dort geht es vorwärts. Die Sozialdemokratie befaßt sich heute ernsthafter denn je mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat dazu allen Grund. Was hilft ihr die Aufnahme des Generalstreiks in ihre politischen Kampfmittel, wenn sie insbesondere in den wichtigsten Industriezentren über einen bedeutenden Bruchteil der Arbeiterklasse nicht verfügt? Angesichts dieser Tatsachen ist es ein Schimpf für Götter, wie man in bürgerlichen und selbst in christlich gesinnten Kreisen mitunter noch Ausstellungen der kleinlichsten Art an der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften herbeizerrt und sich damit der Unterstützung derselben zu entziehen sucht. Indes, Gutzügigkeit und ein weiterer Gesichtskreis zählten im allgemeinen nie zur starken Seite des Bürgertums, und die christliche Gewerkschaftsbewegung findet sich ohne Gram mit dieser Tatsache ab.

Es ist natürlich, daß seitdem die christliche Gewerkschaftsbewegung zu erstarken beginnt, weitere Kreise derselben ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Als der Gewerksverein der christlichen Bergarbeiter auf seiner letzten Generalversammlung eine gründliche Reorganisation vornahm und in seinem neuen Statut als Zweck „die Hebung der geistigen und wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter auf christlicher und gesetzlicher Grundlage“ festlegte, aber die frühere Bestimmung: „Durch den Eintritt in den Gewerksverein bekennt sich jeder als Gegner der sozialdemokratischen Grundzüge und Bestrebungen“, weil sie sich in der Praxis als überflüssig erwiesen, fassen ließ, glaubten große Tageszeitungen daraus eine Annäherung an die Sozialdemokratie herleiten zu sollen. Wie diese „Annäherung“ sich vollzog, geht aus der scharfen Polemik hervor, die in letzterer Zeit wieder häufig zwischen den beiden Verbandsorganen geführt wird; die sozialdemokratische Bergarbeiterzeitung gibt in Nr. 20 dieses Jahres zu diesem Kapitel folgende Illustration: „Geschäftschristen“, „Subjekte“, „christliches Aushängeschild“, „verleumde deinen Nächsten“, „Lüge und schwindele nur drauf los“, „so ein Subjekt quält sein krankes Gehirn“, „der Verworfenste sinn Niedertrotz“, „Schmutz“, „Brunnenberggister“, „Gerechtigkeit und Wahrheit stören mein Geschäft“, „Schmutzwunden“, „verwahrloste Subjekte“, „Ver-

leumdungsartikel“, „feige Verleumder“, „heimtückischen Schufter“, „Holluntenstreiche“, „Pharisäer“, „Hohenpriester“, „Gebärdenspäher“, „potentchristlicher Schlonberger“, „Umfallsucht“ usw.

Beruhigen sich nun die ängstlichen Gemüter? Mehrere Scharfmacher hielten im Verlaufe des Jahres die christliche Gewerkschaftsbewegung für gefährlicher als die sozialdemokratische. Man findet auch hier, wie sich die beiderseitigen Extreme betreiben; die Kampfart beider ist auf den Klassenkampf gestimmt, nur wird das Objekt, worum sich der Kampf dreht, entgegengesetzt bewertet. Eitliche Kräfte werden von beiden Seiten im Wirtschaftsleben als nicht vorhanden betrachtet, und so versteht sich's, daß häufiger eine geistige Einheit zwischen Scharfmachern und sozialdemokratischer Bewegung in Erscheinung tritt. Auch der preussische Handelsminister glaubte kürzlich der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Standrede halten zu sollen. Ueber den Inhalt derselben regen wir uns weiter nicht auf; äußerst deplaziert erscheint uns nur, daß sie zu einem Zeitpunkt gehalten wurde, wo der christliche Metallarbeiterverband für die Saarhüttenleute das gesetzlich gewährleistete Wahlenrecht zu erkämpfen im Begriffe war. Die Scharfmacher an der Saar beubeten die Stellungnahme des preussischen Handelsministers bei diesem Kampfe kräftig aus, und die sozialdemokratische Agitation benützt sie wieder als neuen Beleg dafür, daß die preussische Regierung nichts anderes sei als das Exekutivkomitee der besitzenden Klassen. Indes, die wirtschaftlichen Tatsachen stören sich nicht an preussische Ministerreden; die Saarhüttenleute schließen sich trotz alledem massenhaft dem christlichen Metallarbeiterverbande an. Und die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften denken nicht daran, deshalb „eine Revision ihrer monarchischen Gesinnung“ vorzunehmen, umso mehr, als es auch Staatsmänner gibt, die die christliche Gewerkschaftsbewegung anders beurteilen. Wir erinnern nur an die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Grafen von Posadowsky bei den diesjährigen Reichstagsdebatten im Reichstage:

„Deshalb muß man es doch begrüßen, wenn eine Arbeiterbewegung besteht und sich weiter entwickelt, die erklärt: ja, wir sind auch dafür, daß die materielle Lage der Arbeiter dem wachsenden Wohlstand des gesamten Volkes entsprechend eine bessere wird, daß die Löhne der Arbeiter den gestiegenen Lebensbedürfnissen und gestiegenen Lebensmittelpreisen folgen, daß der Arbeiter in größerem Maße als bisher auch an öffentlichen Angelegenheiten beteiligt ist, aber wir wollen dieses Ziel mit gesetzlichen Mitteln verfolgen in dem bestehenden monarchischen Staat, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.“

Wenn wir gegenüber 3 Millionen sozialdemokratischen Stimmen Fortschritte machen wollen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, wenn wir eine Arbeiterpartei schaffen wollen, die innerhalb des gegebenen Staats, innerhalb des bürgerlichen, des monarchischen Staats, innerhalb möglicher wirtschaftlicher Grenzen ihre Wünsche verfolgen will, dann haben wir doch den allerdringendsten Grund, solche Arbeiterbewegung wie die christliche Arbeiterbewegung zu unterstützen. Ich halte deshalb die Richtung, die behauptet: die christliche Arbeiterbewegung ist ja noch viel gefährlicher als die sozialdemokratische, für falsch. Das ist der Standpunkt, von Männern, denen jede Förderung des Arbeiters, auch wenn sie noch so beherzt ist, an sich unympatisch ist.“

Diese Worte erscheinen angebracht: es ist weite Schichten im Lager der bürgerlichen

teien. Daß man sich in den verschiedensten Kreisen mit den christlichen Gewerkschaften beschäftigt, kann diese nur befriedigen.

Ein weiteres markantes Merkmal drückte im Jahre 1905 der christlichen Gewerkschaftsbewegung das Gepräge auf: sie war einestells mit einem solchen hohen Prozentsatz ihrer Mitglieder an Kämpfen beteiligt, wie wohl noch keine andere Gewerkschaftsrichtung, und hat es andererseits aber auch ebenso entschieden abgelehnt, sich die Taktik von sozialdemokratischer Seite aufzwingen zu lassen. Dieserhalb kam es zu zwei gewaltigen Kämpfen, die gegen den gesamten sozialdemokratischen Pressapparat zu führen waren; wir nennen den rheinisch-westfälischen Bierboikott und den Kölner Holzarbeiterstreik. Beide nahmen in Köln, dem Hauptstich der christlichen Gewerkschaftsbewegung, ihren Ausgangspunkt. Der Bierboikott wurde proklamiert ohne Einverständnis mit den christlichen Gewerkschaften; später glaubte man deren Beteiligung von sozialdemokratischer Seite als etwas selbstverständliches annehmen zu können. Die christlichen Gewerkschaften lehnten indes diese ab, weil ihnen die Ursachen des Boikotts für zu geringfügig schienen und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften häufig von sozialdemokratischer Seite mit denselben Mitteln boykottiert wurden, die die sozialdemokratischen Gewerkschaften in besagtem Boikott an den Unternehmern verurteilten.

Die sozialdemokratische Presse war daraufhin gestimmt auf „christliche Streikbrecherbanden“, „Schwarzenstreiche“ usw. Doch nach dem Kampfe und noch auf dem kürzlich stattgefundenen Verbandstag des sozialdemokratischen Brauerverbandes wurde eingestanden, daß bei dem Boikott „ganz gewaltige Fehler“ gemacht wurden, und „Der Kurier“, das Organ des sozialdemokratischen Handels- und Transportarbeiterverbandes, attestierte seinem sozialdemokratischen Bruderverband: „So tölpelhaft, wie die Brauer seinerzeit in Rheinland und Westfalen, ist auch noch keine Arbeiterorganisation bei Boikottbewegungen hereingefallen.“ (Nr. vom 25. Februar 1906). Die christlichen Gewerkschaften übten aber nach der sozialdemokratischen Presse „Arbeiterverrat“ (!) weil sie die Beteiligung an dieser verführten Bewegung ablehnten.

Bei dem Kölner Holzarbeiterstreik wurde die Taktik des christlichen Holzarbeiterverbandes durch längere Beobachtungen diktiert. 1903 hatte der sozialdemokratische Holzarbeiterverband in Köln eine Bewegung eingeleitet; es wurden geschlossene und öffentliche Versammlungen abgehalten und die Forderungen an die Unternehmer über den christlichen

Holzarbeiterverband hinweg journalisiert. Als der christliche Holzarbeiterverband sich daraufhin entschloß, selbständig vorzugehen, zog sich der sozialdemokratische Verband von der Bewegung zurück.

1904 wurde bei einer erneuten Bewegung mit ähnlichen Machinationen operiert. Dabei ereignete sich das Schauspiel, daß infolge des einseitigen Vorgehens des sozialdemokratischen Verbandes die Vertreter der beiden Arbeiterorganisationen vor den versammelten Arbeitgebervertretern sich um die Anzahl der auf jeden Verband entfallenden Mandate heftig befehden. Als dann bei der Bewegung im Jahre 1905 der sozialdemokratische Verband erneut glaubte, die einzuschlagende Taktik allein bestimmen zu können, lehnte der christliche Verband die Beteiligung einfach ab, und es entstand der bekannte Kampf. Die sozialdemokratische Presse witterte hinter der Taktik des christlichen Holzarbeiterverbandes Geldverlegenheit. Diese Unterstellung war falsch. Eine Bewegung, die in dem betreffenden Jahre mehr als eine Million Mark an Kämpfen opferte, vermag auch noch 20—30 000 Mark weiter aufzubringen; zudem verfügte die Kasse des christlichen Holzarbeiterverbandes zur selben Zeit noch über 50 000 Mark; der Kampf richtete sich vielmehr gegen den sozialdemokratischen Hochmursdübel, der soweit stieg, daß man auf starke gegnerische Minderheit nicht einmal diejenige Rücksicht nehmen zu müssen glaubte, die bei einer klugen Streiktaktik selbst auf geringere Minderheiten im eigenen Verband genommen zu werden pflegt. Und die christlich organisierten Holzarbeiter Kölns haben durch ihre Haltung beim Kampfe gezeigt, daß die Ehre ihrer Organisation bei ihnen mindestens ebenso hoch steht, als eventuelle materielle Erfolge.

Von den außerhalb des Gesamtverbandes stehenden Verbänden haben im Berichtsjahre der bayerische Eisenbahnerverband und in jüngster Zeit der Verband der bayerischen Salmenarbeiter ihren Anschluß vollzogen. Der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals, der auf seiner vorjährigen Generalversammlung den Anschluß an den Gesamtverband ablehnte, erkannte bei seiner diesjährigen Tagung an, daß er damit einen Fehler gemacht habe. Der Vorstand lehnte es jedoch ab, erneut einen bezüglichen Antrag zu stellen; ein solcher wird die künftige Generalversammlung jedenfalls wieder beschließen. Auch die anderen Verbände der Staatsbediensteten werden auf die Dauer ihren Anschluß nachzusuchen gezwungen sein. Diese Verbände haben bekanntlich bei ihrer Gründung auf das Streikrecht verzichtet, um behördlichen Schwierigkeiten zu entgehen und andererseits auch, weil sie durch das Par-

lament gegenüber den Arbeitern der Privatindustrie mancher Vorzug haben. Die gewerkschaftliche Taktik läßt es nun sehr vorteilhaft erscheinen, daß die Forderungen dieser Verbände durch mit Sachkenntnis sich auszeichnenden Kollegen in den Landtagen vertreten werden. In den süddeutschen Staaten ist jetzt zu allen Landtagen das allgemeine direkte Wahlrecht eingeführt, so daß die christliche Arbeiterbewegung, zudem sie auch dort im Marschieren begriffen ist, ohne Arbeitervertreter nicht mehr zufriedenzustellen ist.

Dadurch aber, daß die Stimmen der Staatsbediensteten politisch nicht einheitlich abgegeben werden und auch die Zahl derselben zu klein und auf alle Wahlkreise zerstückelt ist, dürfte sich kaum eine Partei finden, die an einen alleinstehenden Verband ein Mandat abgibt. So lange sich die Staatsbediensteten mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht näher verbinden und für die allgemeine Arbeiterbewegung einige geringe Opfer zu bringen gewillt sind, werden sie kaum von den christlich organisierten Arbeitern der Privatindustrie verlangen, daß diese ihnen zu einer Vertretung im Landtage verhelfen. Mit der Ausnahme von Resolutionen, in denen schöne Wünsche ausgesprochen werden, wie dieses kürzlich der Gesamtverband der nationalen Eisenbahnorganisationen Süddeutschlands getan hat, wird den bürgerlichen Parteien nicht imponiert; Mandate erlangt man nur durch größere Wählermassen in den einzelnen Wahlkreisen. Und über solche verfügt ein einzelner Berufsverband nicht.

Der Verband der deutschen Eisenbahnhandwerker hat durch seine Isolierungspolitik es so weit gebracht, daß er den Krebsgang geht; in den letzten beiden Jahren hat derselbe zirka 15 000 Mitglieder verloren. Diese Entwicklung wäre bei der Zugehörigkeit zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften niemals möglich gewesen; im Bedarfsfälle wäre mit den preussischen Eisenbahnbehörden ein ernstes Wort gesprochen worden, und auch an der Erziehung der Mitglieder würde mit andern Mitteln gearbeitet worden sein.

Über eigene Verbandsorgane verfügen jetzt alle christlichen Gewerkschaften, und zwar erschienen solche am Jahresjahrs 24, mit einer Gesamtauflage von 352 000 Exemplare. Wöchentlich erschienen 14 (Auflage 321 000 Expl.), vierzehntägig 9 (Auflage 26 000 Exemplare) und monatlich 1 (Auflage 5 000 Expl.).

Mitgliederverhältnisse. (Siehe untenstehende Tabelle.)

Die sozialdemokratische Presse hat sich in den letzten Jahren krampfhaft bemüht, ihren Lesern

Tabelle I.

Dem Gesamtverband angegeschlossen.

Organisation	Laufende Nummer	Mitgliederverhältnisse.								Kassenverhältnisse.						
		Zahl der Ortsgruppen am 31. Dezember 1906	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt		Davon weibliche		Mehr gegenüber dem Vorjahre		Mitgliederzahl am		Höhe des Beitrages Pfg.	Gesamteinnahme Mk.	Gesamtausgabe Mk.	Kassenbestand am 31. Dezember 1906	Davon in der Hauptkasse	
			1904	1905	1904	1905	männlich	weiblich	31. Dez. 1905	1. April 1906						
Bergarbeiter	1	517	43 400	71 500	—	—	+28 100	—	66 630	70 114	50	40 ^{a)}	9 116	782 728	389 490	389 490
Legenarbeiter	2	218	17 885	24 735	3475	6150	+4 375	+2675	27 390	31 837	30	30	315 917	300 197	157 384	140 437
Bauhändler	3	361	12 876	20 679	—	—	+8 003	—	21 977	25 763	50	25—75 ^{b)}	392 609	378 511	94 777	52 969
Bayerische Eisenbahner	4	94	—	19 000	—	—	+19 000	—	20 000	21 000	20	20—100 ^{c)}	191 309	129 862	332 335	332 335
Metallarbeiter	5	310	9 317	17 563	430	325	+8 351	—105	17 140	19 422	50	50	265 417	214 504	132 441	132 441
Holzarbeiter	6	227	6 016	8 386	—	—	+2 350	—	9 086	10 205	50	30	162 441	143 908	72 169	52 438
Hilfs- und Transportarbeiter	7	178	5 692	8 329	217	1014	+1 840	+797	8 920	12 967	50	20	81 357	77 980	32 630	17 237
Tabakarbeiter	8	62	2 056	2 851	731	942	+584	+211	3 306	4 618	30	20	23 720	18 868	7 448	7 448
Seeamarbeiter	9	93	900	2 600	12	73	+1 639	+61	3 654	5 021	50	20—40	23 628	23 628	2 767	1 543
Feinmehlmüllerinnen	10	19	2 580	3 077	2580	3077	+497	+497	3 108	3 349	30	30 ^{d)}	6 748	6 748	6 748	6 748
Schuh- und Lederarbeiter	11	78	1 784	2 136	54	153	+253	+99	2 291	2 760	40	30	26 307	24 058	8 281	5 848
Ziegler ^{e)}	12	—	1 274	1 800	—	—	+526	—	1 800	—	—	—	—	—	—	—
Schneider	13	70	1 590	1 962	35	105	+502	+70	2 029	2 953	50	25	18 087	20 794	4 635	1 594
Maler und Anstreicher	14	48	1 800	1 500	—	—	+200	—	1 655	2 380	50	35—50 ^{f)}	16 314	15 268	3 188	2 008
Graphisches Gewerbe	15	25	350	740	—	30	+360	+30	1 260	1 300	50	35	30 445	8 857	3 846	2 665
Bäder	16	12	198	380	—	—	+182	—	430	450	50	40	—	—	—	—
Fleischer	17	4	600	500	45	60	+115	+15	550	469	50	35	2 743	2 841	758	758
Krankenpfleger	18	14	318	368	45	62	+33	+17	434	457	50	60 ^{g)}	1 962	1 759	511	511
Gärtner ^{h)}	19	—	—	—	—	—	—	—	—	820	—	—	—	—	—	—
Zusammen		2343	107 556	188 106	7624	11 991	+76 183	+4367	191 690	215 884			2 443 122	2 150 511	1 249 408	1 146 498

Dem Gesamtverband nicht angegeschlossen.

Deutsche Eisenbahnhandwerker	20	484	48 903	41 436	—	—	—7 467	—	40 000	39 000	100	30, 60 u. 75 ⁱ⁾	100 969	169 303	81 605	81 605
Bayerische Eisenbahner	—	—	17 000	—	—	—	—17 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Württembergische Eisenbahner	21	27	6 500	7 500	—	—	+1 000	—	7 800	8 000	20	20 ^{j)}	17 295	17 180	15 168	15 168
Badische Eisenbahner	22	47	5 409	6 000	—	—	+591	—	6 522	7 500	20	25 ^{k)}	14 567	11 323	7 000	7 000
Bayerisches Postpersonal	23	39	7 782	8 611	—	—	+829	—	9 068	9 068	100	100 ^{l)}	39 539	28 418	52 473	45 811
Württembergisches Postpersonal	24	58	2 500	2 557	—	—	+57	—	2 557	2 557	100	50 ^{m)}	5 746	4 786	6 166	6 166
Berein z. gegenl. Hilfe (Schleifen)	25	148	11 116	10 000	—	—	—1 116	—	10 430	10 430	100	30 ⁿ⁾	50 042	40 989	108 584	108 584
Bayerische Salmenarbeiter	26	9	718	882	—	—	+104	—	799	799	50	30 ^{o)}	2 890	2 064	2 810	2 810
Zusammen		812	99 928	76 926	7624	11 991	—23 002	—	77 176	77 354			231 088	273 043	273 806	267 144
		3145	207 484	285 032	7624	11 991	+53 181	+4367	268 868	293 238			2 674 190	2 423 554	1 523 214	1 418 642

^{a)} Sind mit dem 31. Dezember 1905 aus dem Gesamtverband ausgeschieden. ^{b)} Erheben noch niedrigere Beiträge erhoben. ^{c)} Der Beitrag ist in den Wintermonaten niedriger als während des Baujahres. ^{d)} bedeutet Monatsbeitrag, ^{e)} Quartalsbeitrag, alle übrigen Verbände ^{f)} sind in einzelnen Bezirken werden vorüber-

In St. Ingbert dem Hauptwirkungskreis des Genossen Böckler, erhebt es ihm am allerbedeutendsten. Während der christlich-sozialer Metallarbeiterverband nach dem Streik bei der dortigen Zählstelle mehrere hundert Mitglieder aufgenommen hat, geht die Disziplin der Sozialdemokraten taglich zurück. Wie ein früheres Mitglied der Sozi's selbst bestätigte, sind von ca. 200 Mitgliedern noch 4 — sage und schreibe vier — Mitglieder vorhanden. Mit der Bemerkung: „Durch die sozialdemokratische Organisation werden wir doch nie etwas erreichen“, melden sich eine große Anzahl der früheren Mitglieder vom „großen Deutschen“ zum christlichen Metallarbeiterverband an.

Ja, solche Wahrheiten sind bitter und das Genossen Böckler als trauriger Loharber an den Bewässern der Saar, ist nur zu verständlich.

Unser herzlichstes Beileid.

Aber nur den eigenen Genossen braucht man die Wahrheit zu sagen, nach dem sozialdemokr. Sittenlehrer Kautsky, darum darf und muß ein echter Genosse dem Feinde gegenüber möglichst kräftig lügen.

So liegt die Metallarbeiterschaft von einer „selbst eingestandenen Unüberlegtheit“ des Kollege Wernerus, wodurch der Streik in Burbach verschuldet sein soll. Alle diejenigen, welche die Versammlung in Burbach beigewohnt haben, wissen, daß von einer „eigenen Unüberlegtheit“ von Wernerus nie gesprochen wurde. Die angeführte „Unüberlegtheit“ bezog sich allein auf das Niederlegen der Arbeit ohne Kündigung und ohne Zustimmung der Organisation, welche Wernerus gerät hat, aber um die eigene Blamage zu verdecken müssen die Genossen kräftig darauflos lügen. Böckler will „gewaltiam“ zurückgehalten worden sein, von der Beteiligung am Streik. In demselben Atemzuge aber wird erklärt, die Sozialdemokraten hätten „nie recht Fuß fassen können“ auf der Burbacherhütte.

Wie's gerade trifft.

In der Schimpfversammlung im Tivoli in St. Johann überführte Genosse Böckler sich selbst der Lüge, indem er erklärte: Die Christlichen wären achtlos vorüber gegangen, an dem sozialdemokratischen Verband, trotzdem sie gewußt hätten, daß derselbe auch Mitglieder auf der Hütte habe. „So ganz allein waren die Christlichen doch nicht“ meinte der Herr Genosse.

Der Vorsitzende der Versammlung versicherte, daß diejenigen, welche weiter arbeiteten nicht alle indifferent seien. Dieselben „gehören zu uns“, so erzählte er seinen Getreuen im Tivoli und sie haben aus Überzeugung weiter gearbeitet.

Genosse Böckler bestätigte noch die Nichtbeteiligung der Genossen aus Überzeugung, indem er den Streik als eine Dummheit hinzustellen versuchte. Also Herr Böckler selbst gibt zu, daß die Mitglieder des „Roten“ Verbandes Streikbrecher gespielt haben.

Um den Nachlässern und Genossen im weltlichen Vaterlande Grauen einzulößen, vor den „bösen Christlichen“ werden in der sozialdemokratischen Presse Räuberpistolen erzählt aus Burbach.

Eine regelrechte Knüppelgarde soll Wernerus sich zugelegt haben, „bewaffnet mit Stöcken und gebrauchsfertigen Messern“. „Stöcke, Stühle, Biergläser dienten als Waffen“, so liest man bei den Genossen.

Su, welch schreckliche Menschen.

In Wirklichkeit trifft zu, daß Genosse Böckler mit einer Sprengkolonne in der christlichen Versammlung am 17. Juni bei Schweinhardt erschien. Noch ehe Wernerus mit seinem Vortrag zu Ende, äußerte Böckler, nachdem er ungestört seine Zwischenrufe gemacht hatte: „Wir kommen nicht zur Diskussion, wir müssen sprengen“.

Als er dann das Zeichen gab zum Anfang, packten einige der gerade nebenan stehenden Versammlungsteilnehmer den Böckler und seine Genossen am Kragen und beförderten ihn, damit er ungestörter „sprengen“ könnte, auf die Straße. Daß hierbei keine Glacéhandschuhe verwandt wurden, ist nur zu begreiflich. Das Geschreibsel von „Messern, Stöcken“ usw. ist eine gemeine Lüge.

Vor der Bewegung und während derselben, halfen die Genossen den Dr. Tille kräftig gegen die christlichen Arbeiter kämpfen.

Nachdem die ersten 5 Kollegen am 8. März d. Jz. gemahregelt worden waren und Dr. Tille sich bemühte, glauben zu machen, es seien nur „wenige Unzufriedene“ Mitglieder unseres Verbandes, sekundierte die sozialdemokratische „Saarwacht“ demselben, indem sie von „zwei Duzend“ christlichen Mitgliedern schrieb.

Als Tille die christlichen Gewerkschaften „Vorrecht der Sozialdemokratie“ nannte, um die Arbeitgeber scharf zu machen, war es abermals die sozialdemokratische „Saarwacht“ in ihrer Nr. 81 vom

5. April d. Jz., welche dem Dr. Tille bei prang, gegen die christlichen Arbeiter. Diese Nummer der sozialdemokratischen Saarwacht war dem „bösen Geist des Saarreviers“ Dr. Tille so wertvoll für seine Interessen, daß er in der Nr. 14 der „Saarindustrie“ dem Scharfmacherorgan, die gegen die christlichen Metallarbeiter gerichtete Notiz wortwörtlich abdruckte, zur höheren Ehre seiner Heiligerheiter und zur Unterstützung seines Systems „die Menschenrechte gehören in die Kumpfkammer“.

Dieses Denkmal der Niedertracht, setzte sich der sozialdemokratische Verband und seine Führer, bei der imposanten christlichen Arbeiterbewegung auf der Burbacherhütte im Saarrevier. Alle diese von einem Tille in Hülfe der Sozialdemokratie angewandten Mittel haben nicht vermocht, den Erfolg der christlichen Metallarbeiter in Burbach zu vereiteln.

Christliche Arbeiter der Metallindustrie in ganz Deutschland, wendet euch mit Abscheu ab von solchen Geiseln, die in derartiger Weise eure Interessen mit Füßen treten. Folgt dem Beispiel eurer Arbeitskollegen in Burbach und tretet dem Christlich-Sozialen Metallarbeiterverbande bei. Dort werden die Rechte der Metallarbeiter vertreten. Wie die Erfolge im Saarrevier beweisen. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands. L. W.

„Und siehe da“.

Es geschehen doch noch Wunder und Zeichen bei den Berliner Fachabteilungsmenschen, nicht bloß, daß es zu „regnen aufhört“, wenn sich Herr Richter zeigt, wie zurzeit in Berlin; nein noch größere Dinge ereignen sich. Herr Tille ist auf dem Wege Fachabteilungsmensch zu werden. „Stich und gleich gefesselt sich gern“. Herr Dr. Tille hatte den „Berliner Sekretär“ Richter zum Kronzeugen angeworben, gegen den christlichen Metallarbeiterverband ja sogar der „Ehre“ gewürdigt, die Richtersche Antistreikrede zu veröffentlichen. Die Saarpost nagelte darauf die Berliner fest, wie noch vor kurzem derselbe Herr Tille in seiner Broschüre: „Der soziale Ultramontanismus und seine katholischen Arbeitervereine“, die Berliner Richtung der katholischen Arbeitervereine verhöhnt und verspottet habe und nun mit Herrn Richter und Konsorten Arm in Arm gegen den christlichen Metallarbeiterverband marschiere.

Dem Organ der „Berliner“ scheint dieses sehr unbehaglich zu sein; in einem langen, schwulstigen Artikel schreibt dasselbe u. a.:

„Damit (Also mit dem Abdruck der Richterschen Rede. D. R.) hat Dr. Tille seiner Broschüre: „Der soziale Ultramontanismus und die katholischen Arbeitervereine“ selbst das Todesurteil gesprochen“. — Wer lacht da? —

Daß „die Berliner“ zu solchen Schwunspünge fähig sind, wundert uns weiter nicht, bei diesen ist einfach alles möglich.

Nächstens wird wohl Herr Tille als Anhänger der „Berliner“ mit Herrn Richter Arm in Arm über die Dörfer ziehen um den Ruhm der Fachabteilungstreikbrecher zu verkünden. Diese Leute spotten ihrer selbst und wissen es nicht, wie sie von Herrn Tille als Mittel zum Zwecke benutzt werden.

Herr Vorhölzer läuft zum Rudi.

In Nr. 24 unseres Organs brachten wir eine Zuschrift über einen Prozeß des genannten Herrn gegen den Redakteur der Furtwanger Zeitung.

Am Amtsgericht Stuttgart war die Klage des Vorhölzer kostenpflichtig abgewiesen, weil dasselbe nicht zuständig sei. Auf weitere Klage hat der Herr aber verzichtet.

Der betreffende Redakteur erklärte sich in der Furtwanger Zeitung bereit, eine Zuschrift des Vorhölzer anzunehmen, wenn derselbe den Beweis erbrachte, daß er niemals Arbeiterverrat verübt habe; soweit der Inhalt.

Wir knüpften daran die Frage: warum er dem Wunsch der Redaktion nicht nachgegeben ist, oder war die Sache zu brenzlich?

Ueber diese harmlose Frage geberdet sich Herr Vorhölzer als der Beleidigte. Derselbe Vorhölzer erlaubte sich aber 14 Tage vorher noch die Frechheit, in Frankenthal die christlichen Gewerkschaftler und Mitglieder unseres Verbandes Lumpenpack, Lumpenpack, Streikbrecherorganisation, zu beschimpfen.

Vielleicht kann Herr Vorhölzer Gelegenheit gegeben werden, auch darüber Rede und Antwort zu stehen.

Interessant ist ein Passus in der Vorhölzerischen Klagebegründung durch den Anwalt, da heißt es unter anderem:

„Nachdem der damalige beschuldigte Utten erklärt hatte, den Privatkläger nicht beklagen zu wollen, hat dieser auch mit Rücksicht auf die Kosten eines vor dem Amtsgericht zu verhandelnden Prozesses (es war nicht möglich, daß ich den Privatkläger in Trierberg vertreten sollte) und die Reisekosten wären nicht ersparpflichtig gewesen, es unterlassen, anals in Trierberg Privatklage zu erheben.“ Also um der geringen Kosten willen hat es Vorhölzer vorgezogen, nicht weiter zu klagen, denn läßt das Odium der Furtwanger Zeitung sich sitzen. Die Erklärung: „den Kläger nicht beklagen zu wollen“, ist doch keine Zurücknahme der gemachten Behauptung, mithin doch keine Ehrenklärung, womit allenfalls die vermeintlich beschuldigte Ehre des Vorhölzer repariert sein könnte.

Wenn wir es für nötig halten, unsere Ehre gerichtlich reparieren zu lassen, schrecken wir auch vor ein paar Mark Kosten nicht zurück.

Bei Beamten des großen freien Metallarbeiterverbandes scheint nach obigem indeß erst der Kostenpunkt, dann die „Ehre“ in betracht zu kommen.

Freie Gewerkschaft und Sozialdemokratie.

Dieselben sind nicht bloß eins — wie „Gewerkschaft“ Bömelsburg auf allen Gewerkschaftskongressen anzurufen nicht müde wird — sondern es wird seitens der politischen Partei immer mehr darauf hingearbeitet, die Gewerkschaften als politische Kampforganisationen mit der Partei in einheitlicher Leitung zu verschmelzen. Die Führer der Gewerkschaften wehren sich zwar noch mit Händen und Füßen dagegen, aber wer A sagt, muß auch B sagen und so werden die Gewerkschaften und ihre Führer zuletzt doch an die Wand gedrückt und den Klägern ziehen.

In einer diesbezüglichen Polemik des „Zimmerer“, Organ des freien Zimmererverbandes, mit dem „Vorwärts“, schrieb derselbe unter anderem:

„Der „Vorwärts“ spielt sein stonadisches Spiel fort — er wird es wohl müssen! Er stellt sich mit dem über unseren Blick in den Herentkessel und läßt, wie es seine Methode ist, dabei die Hauptsache, um die es sich handelt, unter den Tisch fallen. Ja, lieber „Vorwärts“, es handelt sich um die unglückliche Idee: Ueberführung der gewerkschaftlichen Organisationen in politische Kampforganisationen mit einheitlicher Leitung und unbeschränkter Solidaritätsverpflichtung. Hier ist Rhodus, hier tanze! Nur keine Taschenspielererei!“

Zum Schluß ruft das Gewerkschaftsorgan dann dem „Vorwärts“ zu: „Mit Klatsch, verehrter „Vorwärts“, haben wir es hier nicht zu tun, sondern es handelt sich um eine sehr ernste Angelegenheit.“

Hier hat ein Gewerkschaftsorgan eines freien Verbandes einmal den Mut, offen Farbe zu bekennen, frei zu gestehen, wohin der Karren laufen soll. Wie kläglich nehmen sich gegen den „Zimmerer“ manche andere Organe der freien Gewerkschaften, und besonders die „Bergarbeiterzeitung“ aus! Diese fasselt noch immer von Einigung und einem einheitlichen Bergarbeiterverband, obwohl sie ebenfalls unter derselben Fuchtel steht, wie der „Zimmerer“. Wie groß diese Fuchtel aber schon ist, und wie sie vom Obergewissen Bebel geschwungen wird, zeigt folgender Vorfall: Eine süddeutsche Zählstelle des freien Transportarbeiterverbandes war in den Streik getreten, und der Verband weigerte die Zahlung der Streikunterstützung. Kurz entschlossen fuhrn zwei Mitglieder der Zählstelle nach Berlin zu Bebel, der Parteigewaltige hörte sie an und versprach, der Zeitung des Verbandes einen „Wink“ zu geben. Als die zwei Beschwerdeführer zurückkamen, erhielten sie wegen ihrer Beschwerde den Kopf gewaschen, aber auch 4000 Mk. wurden an die Streikenden als Unterstützung gezahlt. Der „Wink“ des Parteihauptlings hatte also seine Wirkung nicht verfehlt. Diese Vorkommnisse sollten die christlich organisierten Arbeiter den „freien“ Mannen immer und immer wieder vor Augen halten, wenn sie mit der Phrase kommen, die „freien“ Gewerkschaften seien „neutral“ und von der sozialdemokratischen Partei unabhängig. Wo in aller Welt versucht ein bürgerliches Blatt die christlichen Gewerkschaften zu bebormunden und sie mit irgend einer Partei zu verschmelzen? Welcher bürgerliche Abgeordnete dürfte es wagen, den christlichen Verbänden solche „Winke“ zu geben? Den „freien“ Leuten aber sind ihre Sklavenketten schon so zur Gewohnheit geworden, daß sie ihren Druck mit wenigen Ausnahmen nicht mehr verpötern.

Wie man in den „freien“ Gewerkschaften Mitglieder gewinnt,

erzählt das Korrespondenzblatt der Sibirisch-Dun-
 derischen Gewerkschaften, zeigt folgender Vorgang, aus
 Mischelstein. In Neufahr a. d. Oder erschien vor
 kurzem der Leiter des freien Textilarbeiterver-
 bandes aus Liegnitz, schilderte den Arbeitern ihre
 jämmerliche Lage und forderte sie auf, in seine Orga-
 nisation einzutreten. Dann konnten sie streiken, da
 sie ja im Textilarbeiterverband zwölf Mark wöchent-
 lich Streikunterstützung und für jedes Kind noch eine
 Mark erhalten würden. Das zog natürlich Gegen
 200 Arbeiter zeichnen sich in die Verbandsliste ein
 und legten gleich darauf die Arbeit nieder, ohne
 auch nur die Kündigungsfrist einzuhalten. Nicht so
 prompt traf aber die Unterstützung vom Textilarbei-
 terverband ein. Denn als die Ausständigen sich an
 den Herrn Gouverneur wegen der zugefügten Streik-
 gelder wandten, erklärte er, daß die Sache nicht so
 gemein sei. Später einmal hätten sie streiken kön-
 nen, aber nicht gleich. Er habe kein Geld für die
 Streikenden. Nun blieb den armen Leuten natürlich
 nichts anderes übrig, als den Arbeitgeber, den Kom-
 mernzienrat Gruschwitz, um Wiedereinstellung zu bit-
 ten. Der hatte aber inzwischen schon arbeitswillige
 Ausländer herangezogen und stellt nur ganz ver-
 einzelt die alten Leute wieder ein. Das nennt man
 sozial. Bauernfang.

„Die Furcht vor den Christlichen“.

Nürnberg.
 Freitag, den 29. Juni fand in der Sängerkirche
 eine Werkstattdesversammlung der Cramer-Klettischen Ar-
 beiter, Abteilung Hochbau, statt.

Diese Arbeiter sind von jeher als die sonder-
 barsten Köpfe bekannt. Voriges Jahr stellten sie bei
 der Aussperrung den größten Prozentsatz Arbeits-
 williger. Diese, allen voran der hochlobliche Arbeiter-
 ausstuf mit den Vertrauensleuten, suchten sich zu
 überbieten in der Vernichtung christlicher Gewerk-
 schaftler.

Nun zur fraglichen Versammlung. Die roten
 Vertrauensmänner bemühten sich ängstlich, dieselbe ja
 nicht den Christlichen bekannt zu geben. Aber ein
 ehrlicher roter Kollege lud den Vertrauensmann der
 Christlichen zu dieser Werkstattdesversammlung ein mit
 dem Bemerkten, in derselben anständig loszulegen.
 Kurz entschlossen, ging nun der christliche Vertrauens-
 mann mit noch einem Kollegen in die Sängerkirche
 und warteten drei Dinge, die da kommen sollten.
 Ohne die Tagesordnung bekannt zu geben, schritt
 man sofort zur Bureauwahl. Aber welcher Schmerz!
 Unter den 200 Metallarbeitern des Hochbaus fand
 sich nicht ein einziger, der befähigt wäre, Leiter einer
 kleinen Versammlung zu sein. Alle vorgeschlagenen
 Geistesgrößen lehnten stolz ab; endlich mußte der
 Einberufer Böhm selbst den Vorsitz übernehmen, was
 er tat, ohne darüber abstimmen zu lassen. Auch kein
 Wunder. Diese Leute in ihrer Ueberbrettel-Weisheit
 besaßen sich gar nicht mehr damit, sich eine gewerk-
 schaftliche Bildung anzueignen, weil der edle Wett-
 streit, die Christlichen zu verleumden, zu viel Zeit
 wegnimmt.

Nun erhob sich der Vorsitzende Böhm zu fol-
 gender Rede: „Werte Kollegen! Bevor wir in die
 Tagesordnung eintreten, möchte ich sie fragen, ob
 der christliche Kollege Döpler da bleiben oder den
 Saal verlassen muß.“

Ein allgemeines „Rauf, rauf!“ war die Ant-
 wort. Als Kollege Döpler nicht Lust hatte, sofort
 die Flucht zu ergreifen, sondern vielmehr wartete,
 sein Schicksal durch Abstimmung festgelegt zu sehen,
 erklärte der Arbeiterausschuß, Genosse W. Horn, er
 wünsche nicht, daß Döpler da bleiben darf. Nicht
 einmal das Wort erhielt Kollege Döpler, als er sich
 zur Geschäftsordnung meldete. Solch eine Angst hat-
 ten also die Vertreter von Freiheit und Brüderlich-
 keit. Als endlich Kollege Döpler ruhig und gelassen
 die allein patentierten Arbeitervertreter verließ, da
 wälzte sich ein schwerer Stein von dem Herzen der
 Genossen wegen der Heldentat, die sie am 29. Juni
 verübt haben.

Nein, keine Heldentat war es, sondern eine rie-
 tige Feigheit und Gemeinheit von den roten Brüdern,
 deren eigenen Werkstattdeskollegen den Saal zu ver-
 lassen. So waren es denn 80—100 Vollblutgenos-
 sen, welche sich wie ein kleines Kind vor einem ein-
 zigen „schwarzen Betrüder“ fürchteten. Es ist aber
 auch zu viel von dem Kollegen Döpler, als „Wolf“
 in diese „Schafsherde“ einzudringen.

Eines soll aber noch erwähnt sein. Die Herren
 Ueberbrettel-Genossen hatten noch eine andere Absicht
 mit der Ausweisung des Kollegen Döpler verbunden.

Sie wollten billigen Agitationsstoff für sich heraus-
 schlagen. Sie gaben sich der Hoffnung hin, daß sich
 der christliche Döpler der Aufforderung widersetzen
 würde. Dann gibt's Kadau und die Christlichen
 sind wieder einmal in der ganzen Welt die Schwere-
 verbreiter. Den Führern des deutschen Metallar-
 beiterverbandes können wir nur Glück wünschen
 zu der „geistigen“ Schulung, die er seinen Mit-
 gliedern angeheißt läßt. Wenn er so fortfährt,
 seine Leute mit solcher „geistiger“ Kost zu füttern,
 dann dürfte es dem Magen dieses stolzen Verban-
 des bald abgedrückt haben.

Den noch christlich gesinnten Metallarbeitern
 sei aber noch das eine gesagt: Tretet aus aus
 dieser arbeitertretenden Gewerkschaft und schließt
 euch in Massen dem christlich-sozialen Metallar-
 beiterverbände an!

Gegen sozialdemokr. Terrorismus!

Die Wirkung eines vorzüglichen Mittels gegen
 den mehr und mehr um sich greifenden Terrorismus
 der Sozialdemokraten könnten die „Genossen“ in
 Mülheim (Rhein) verspüren. Bei der Firma Mon-
 gen (Eisengießerei) wollten bekanntlich die roten
 Brüder einen unserer Kollegen durch Fußtritte und
 Schläge ins Gesicht zum Uebertritt in den „freien“
 Verband veranlassen.

Ein erschreckendes Bild von Verblömmtheit und
 Verwahrung der Sozialisten bot sich bei der Gelegen-
 heit. Der einzige im Betrieb beschäftigte christliche
 Kollege mochte den „Genossen“ schon längst wie ein
 Dorn im Auge. Durch seine Denunziatenkniffe ver-
 suchte man den aus dem Betrieb hinauszugraufen.
 „Der Mann ist faul, der liegt den ganzen Tag
 im Brennofen“, in dieser „liebervollen“ Art bewiesen
 die „Genossen“ die alte Wahrheit: „Der größte
 Schuft im ganzen Land, daß ist und bleibt der De-
 nunziant.“

Durch pöbelhaftes Nachäffen religiöser Ge-
 bräuche wollte man die christlichen Kollegen die „Un-
 zehibbarkeit“ sozial. „Neutralität“ beibringen. Beim
 Ausheben der Formkästen überließen die „Genossen“
 einem christlichen Kollegen dieselbe Last, die drei „Ge-
 nossen“ übernahmen. In der Tat: Gahle Brüder-
 lichkeit!

Als all dieses nichts fruchtete, erklärten die
 „Sozen“ das Faustrecht. „Wenn du in 3 Tagen nicht
 übertrittst, dann schlagen wir Dir die Knochen la-
 put.“ Diese „schöne Aussicht“ eröffnete der „Ge-
 nosse“ Führung unserm Kollegen, und als deswegen
 die Hauptmacher vom Arbeitgeber entlassen wurden,
 wurde unser Kollege mit Füßen getreten und ins Ge-
 sicht geschlagen, daß ihm der Mund blutete.

Trotzdem wegen dieser Brutalität der Arbeit-
 geber sämtliche „Genossen“ entließ, stellte der Ge-
 schäftsführer Marx vom sozial. Metallarbeiterver-
 bände an uns das unerschämte Ansuchen, „den Zu-
 zug nach Mungen fernzuhalten.“

Man muß staunend über die Frechheit oder Dumm-
 heit der „Genossen“. Jedenfalls ist mittlerweile den
 Sozialisten ein Licht aufgesteckt worden. Als etwas
 ganz selbstverständliches muß ein denkender Mensch
 es betrachten, daß wir gegen diese Banditen das letzte
 Mittel anwenden. Als Radikalmittel gegen den Ter-
 rorismus der „Genossen“ empfehlen wir das Mittel
 was in Mülheim angewandt wurde, nämlich: den
 Betrieb mit unseren Leuten zu besetzen. Tritt die
 Nothet der „Genossen“ immer mehr in Erscheinung,
 braucht man sich angesichts der „Führer“ dieser Be-
 wegung sowie der Presseorgane hierüber nicht zu wun-
 dern. War es doch kein anderer als wie der Beamte
 Hildebrandt, der anlässlich eines gleichen Terroris-
 musfalles seinen Mitgliedern erklärte: „Ihr müßt
 einen Druck auf die christlichen Arbeiter ausüben. Be-
 kommtlich wurde dieser Kollege durch den Druck der
 „Genossen“ huddlos gemacht.“

Den gleichen „guten Rat“ gab bei Mungen der
 Geschäftsführer Marx seinen Mitgliedern.

Wie sagte doch in einer Versammlung in der
 Humboldt-Kolonie der sozial. Führer Bartels: „Der
 größte Lump ist der, der einen Druck auf Aderge-
 sinnte ausübt.“ Nun, „Genosse“ Bartels kann schon
 wissen, wer der „größte Lump“ ist. Trotzdem der
 Geschäftsführer Marx seine Mitglieder unter Ver-
 leugnung ihrer Organisationszugehörigkeit wieder in
 den Betrieb hineinzubringen versucht, trotzdem in
 andern Betrieben die Aufträge von Mungen, also in
 „Genossensinn“ Streifarbeit, von waschechten „Genos-
 sen“ hergestellt werden, sagelten kleine wie große
 „Geister“, Metallarbeiterzeitung wie Rheinische, vom
 „Streikbruch der Christlichen.“

„Sollten, so schreibt die Rh. Hg., die Arbeiter
 in diesem ihnen aufgezwungenen Kampfe den Un-
 zeren ziehen, so unterlegen sie in Ehren.“

Nach obiger Einschätzung durch „Genossen“ Bar-
 tels von „Ehren“ reden, ist wohl mehr als Galgen-
 humor zu betrachten. Die Art und Weise, mit der die
 Genossen „Führer“ wie „Rheinische Zeitung“ in ver-
 streuter und offener Form die Verhetzung der Arbeiter
 betreiben, zeigen, daß für solche Auswüchse der
 „Freiheitsbrüder“ nur die „Führer“ verantwortlich
 gemacht werden können. Uebrigens hat bis jetzt „Ge-
 nosse“ Wollbrecht, seines Zeichens Bezirksleiter des
 sozial. Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf, den
 Vorwurf der feigen Verleumdung bis jetzt auf sich
 sitzen lassen.

Unsere Kollegen jedoch werden überall dort, wo
 man uns mit solchen gemeinen Mitteln bekämpft,
 zeigen, daß sie zur Stelle sind. Den „Genossen“ ist
 der Vorgang eine gute Lehre, jedenfalls können
 auch sie zu der Ueberzeugung, daß der Kampf gegen
 unsern Verband völlig erfolglos ist. Sollte diese
 Erkenntnis sich immer noch nicht durchdringen, dann
 Kollegen, setzt den Größenwahn der „Genossen“ aber-
 mals einen Dämpfer auf. Dem Geschäft von „Streik-
 bruch“, „Verrat“ usw. tretet allerwärts entschieden
 entgegen, arbeitet mit, um so größerer Fähigkeit
 und Spannkraft an der Ausbreitung unserer Sache.

Wer Arbeiterverrat treibt, haben die roten Ge-
 sellen in Mülheim a. Rh. gezeigt durch ihr bru-
 tales Vorgehen gegen christlich gesinnte Arbeiter.
 R. Schmidt.

Wieder eine Niederlage des freien Metallarbeiter-Verbandes.

Eo lingen. Der vom sozialdemokratischen Me-
 tallarbeiterverband inszenierte Kampf in der Messer-
 und Scheren- und Schlägereibranche hat nach bereits einjäh-
 riger Dauer mit einer Niederlage der Arbeiter ge-
 endigt.

Der sozial Metallarbeiterverband hatte den
 Schlägereibizern einen neuen Lohnarif vorgelegt
 den die Arbeitgeber aber nicht anerkannten; wohl
 wollten sie mit ihren eigenen Arbeitern über eine
 Besserung der Lohnverhältnisse unterhandeln. Der
 Kündigung der Arbeiter einer Firma folgte die Aus-
 sperrung der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes,
 Der Kampf wurde beendet unter völliger Ausschal-
 tung des sozial. Metallarbeiterverbandes, und ohne
 daß der von diesem vorgelegte Tarif anerkannt wor-
 den wäre, also unter Bedingungen, welche die Arbeit-
 geber von vornherein festgesetzt hatten. Nur die
 Machtgelüste der Führer des roten Verbandes ist es
 zu verdanken, daß der Kampf so lange gedauert und
 den Arbeiterfamilien so tiefe Wunden geschlagen hat.
 Nun, wir kennen ja den Wahlpruch jener „Arbei-
 terführer“, welcher lautet:

Ein Streik, der 15 Wochen dauert und ver-
 loren geht, ist mir lieber wie ein Streik, der
 4 Wochen dauert und gewonnen wird.

Ob die Arbeiter nicht bald allgemein zur Ein-
 sicht kommen und den roten Führern den Rücken zu-
 wenden und sich den christl. Verbänden anschließen?

„Der christliche Führer Winter und die Wahrheit.“

Unter diesem vielversprechenden Titel sucht der
 Sibirisch-Dundersche Agitationsbeamte Lange im Re-
 gulator wie im der Düsseldorfer Abendpost in einer
 Beleidigungssaffaire für sich Kapital zu schlagen.

Unsern Kollegen ist noch der Streik der Draht-
 arbeiter in Beleidigung in Erinnerung, wobei sich eine
 scharfe Pressepolemik zwischen Winter und Lange ent-
 wickelte. Herr Lange lief zum Rudi und verklagte
 Kollege Winter, machte nachher aber ein verduhtes
 Gesicht, als Winter mit einer Gegenklage antwortete,
 weil Lange ihn des Arbeiterverrats und Lüge be-
 zichtigt hatte. Im Gerichtstermin zu Düsseldorf, wel-
 cher am 23. Juni stattfand, einigten sich beide Par-
 teien, jeder nahm seine Ausdrücke unter Bedauern
 zurück. Winter, weil er noch etwas darüber zuge-
 griffen hatte, wurden vier Fünftel, Lange ein Fünftel
 der Kosten auferlegt.

Es ist gewiß einer Hohnstunde gleich zu
 achten, wenn Lange sich nun den Anschein gibt, als
 sei er als der gerechtfertigte aus der Klage hervor-
 gegangen. Lange hat genau so gut wiederrufen wie
 Winter. Der Mann spottet also seiner selbst und
 weiß es nicht.

Lange muß einen sonderbaren Ehrbegriff haben,
 daß er nach solchem zweifelhaftem Ausgange sich
 noch in der Deffentlichkeit brüht.

Der christliche Holzarbeiterverband

hielt seiner 4. Verbandstag vom 20. Jan. bis 2. Febr. in Essen ab. Bezirken waren 11 000 Mitglieder durch 80 Delegierte.

Der Verbandstag beschloß mit 39 gegen 4 Stimmen in Anbetracht der kommenden Kämpfe, den wöchentlichen Beitrag um 20 Pfennig zu erhöhen, jedoch derselbe nunmehr 50 Pfennig beträgt. Hieran werden 46 Pfennig an die Zentralkasse abgeführt. Unter großem Beifall führte der Berliner Delegierte aus, daß die Beitragserhöhung von 20 Pfennig nach allgemeiner dort durchgeführter Maßnahme, wo heute schon Vorkämpfer erhoben wurden. Der Beifall steigerte sich noch, als von der Sachsischen Minderzahl ein Telegramm einlief, das ankündete, daß eine Mitgliederversammlung beschloffen habe, ab 1. August neben dem ordentlichen Beitrag von 50 Pfennig noch einen Vorkämpferbeitrag von 30 Pfennig pro Woche einzuführen.

Durch die Steigerung der Beiträge ist der Verband in der Lage, eine Krankenunterstützung einzuführen. Den Mitarbeitern werden dadurch weitere Vorteile geboten; namentlich in jenen Gegenden, wo die Krankenversicherung sich noch in den Händen der Gemeinden befindet und daher eine ungenügende ist. Die Krankenunterstützung wird auf die Dauer von 14 Wochen gewährt und zwar bei einer Mitgliedschaftsdauer von

52 Wochen	M. 3.—	pro Woche, Höchstbetrag	M. 42.—
104	" 3,50	"	" 49.—
156	" 4.—	"	" 56.—
208	" 4,50	"	" 63.—
260	" 5.—	"	" 70.—
312	" 5,50	"	" 77.—
364	" 6.—	"	" 84.—

Die Krankenunterstützung wurde von 0,75 Mark pro Tag auf eine Mark erhöht und der Gesamtbetrag von 45 auf 84 M. gesteigert. Die Arbeitslosenunterstützung, die bisher pro Tag 1 M. bis 1,50 M. betrug und auf die Dauer von 30 Tagen gewährt wurde, ist ebenfalls bis zu 2 Mark pro Tag auf die Dauer von 42 Tagen erhöht worden. Die Umzugsunterstützung wird fernerhin anstatt wie bisher bis 25 Mark, bis 40 M. gewährt. Die Streikunterstützung wird bis zur Höhe von 18 M. pro Woche gezahlt.

Bemerkenswert ist auch den in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiterinnen die Mitgliedschaft im Verbande ermöglicht. Diese haben die Hälfte der Beiträge der männlichen Mitglieder zu leisten. Auch die Wänderung des Titels des Verbandes in „Zentralverband der christlichen Holzarbeiter Deutschlands“ wurde beschlossen. Ebenso die baldige Anstellung von drei weiteren Agitationsbeamten. Dadurch ist ein in letzter Zeit hervorgetretener Mangel beseitigt worden. Von einer achtseitigen Herausgabe des Verbandsorgans wurde Abstand genommen, jedoch dem Vorstande anheimgegeben, nach Ermessen zuzugewilligte Beiträge beizufügen.

Aus der Pfalz.

In einer der letzten Nummern unseres Verbandsorgans wurde unter anderem darüber Klage geführt, daß die Presse an manchen Orten unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung wenn auch nicht gerade feindlich so doch teilnahmslos gegenübersteht. Ja, mancher Redakteur hat so wenig Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung, daß er sogar keinen Platz für solche Notizen hat, die er von jedem unheimlichen Klim-Bim-Berich mit Freuden aufnimmt. Und doch ist die Lokalpresse eines der besten Hilfsmittel in unserer Agitation, wo sich die Lokalpresse mit Eifer und Ausdauer unsere Sache annimmt, da kann ein Erfolg nie und nimmer ausbleiben. Ein Beispiel dafür haben wir hier in St. Ingbert. Die Gewerkschaftsfrage, besonders die Christliche, lag hier sehr im Argen. Auf dem großen Eisenwerk Gebr. Krüger, wo fast 2000 Metallarbeiter in Betracht kommen, war bis vor 3 Monaten kein Mensch organisiert. In der hiesigen lgl. Steinkohlengrube lagen die Verhältnisse ebenso und doch kommen auch hier 1500 Arbeiter in Betracht. In der Glasindustrie, Textilindustrie usw. hatten die freien Gewerkschaften nach mühsamer und kostspieliger Agitation ganz minimale Erfolge zu verzeichnen. Christlich organisiert war in St. Ingbert fast niemand. Vor 3 Monaten nun hat man auf unserer Seite hier eingegriffen und diejenigen Leute, von denen man annehmen konnte, daß sie etwas Interesse für diese Sache hätten, zu Besprechungen eingeladen und mit dem Erfolg, daß jede Besprechung schlechter besetzt war und daß man gerade daran war, die Sache wieder aufzugeben; die ganze Bewegung hätte sich im Sande verlaufen, hätte nicht die hiesige Presse, die Zentrums- und Arbeiterpresse, in die Agitation eingegriffen und durch populäre Zeitungsartikel die Arbeitererschaft aufgeklärt und für die

Gewerkschaftsbewegung zell gemacht. Vor allem war es die hiesige Westfälische Zeitung, die durch fortgesetzte Propaganda für die christlichen Gewerkschaften hauptsächlich dazu beigetragen hat, daß in St. Ingbert heute nach kaum 8 Monaten, hunderte von Arbeitern für uns gewonnen sind und täglich neue Mitglieder hinzukommen. Besonders dem Redakteur genannten Blattes Herrn Scheuer, der unermüdet und rastlos gearbeitet und gewirkt hat, ihm sind wir Arbeiter zu großem Danke verpflichtet und wir nennen ihn mit Stolz und mit Freude den Vater der hiesigen christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Aber auch unser zweites hiesiges Zentrumsblatt, die Westfälische Volkszeitung, sie hat fast täglich durch gezielte, aufklärende Gewerkschaftsartikel bewiesen, daß sie für den Arbeiter ein warmes Herz hat, auch ihr sind wir Arbeiter zu großem Danke verpflichtet.

Als dann die Bewegung in Burbach eintrat, da haben beide Zeitungen emsig wie eine Ameise alles beigetragen, was dem Arbeiter die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften vor Augen führen konnte und ein Erfolg ist nicht ausgeblieben. Heute haben die christlichen Gewerkschaften St. Ingbert erobert, die Arbeiter, die bisher den christl. Gewerkschaften fremd gegenüberstanden, sind jetzt gewonnen, und jene, welche schon den freien, den sozialdemokratischen Verbänden angehört, kommen zu uns zurück, sie schließen sich dort an, wo auch wirklich die Interessen der Arbeiter gewahrt werden und das ist in den christlichen Gewerkschaften.

Also ihr christlichen Kollegen, daß es in St. Ingbert so gut vorwärts geht, verdanken wir nächst Dr. Tille unserer hiesigen Zentrums- und Arbeiterpresse, wir werden das nie vergessen und auch ihre Unterstützung nicht versagen.

Die Presse ist eine Macht und die Macht müssen wir uns auf unsere Seite zu bringen suchen und unsere Sache geht gut. Wo sich aber irgendwo die Lokalpresse weigert, sich aus irgend einem Grunde nicht auf unsere Seite zu stellen; wo die Presse nicht mit uns ist, da müßt ihr Arbeiter auch danach handeln. Hinaus aus dem Arbeiterhaufe mit einer solchen Zeitung, denn wer nicht mit mir ist, der ist gegen mich. R.

Anträge zur Generalversammlung.

Ortsgruppe Duisburg I.

Die Generalversammlung wolle beschließen:

1. Die Erwerbslosenunterstützung dahin zu ändern, daß dieselbe bei Arbeitslosigkeit nach der ersten Woche ab 13 Wochen, die Unterstützung bei Krankheit nach der zweiten Woche 20 Wochen lang gewährt wird.

Begründung:

Bei Erwerbslosigkeit, hervorgerufen durch Krankheit, macht sich die Not in der Familie meistens erst geltend bei länger andauernder Krankheit, nicht aber bei kurzer Krankheit von einigen Tagen, umso weniger, weil die Unterstützung der Krankenkassen und Hilfskassen usw. in der Regel schon vom dritten Tage eingreift.

Dagegen der Arbeitslose ist auf die Unterstützung des Verbandes allein angewiesen. Deshalb liegt es im Interesse der Mitglieder, daß bei Arbeitslosigkeit die Unterstützung früher eingreift als bei Krankheit.

2. Den örtlichen Verwaltungsstellen sollen 20 Prozent der Einnahmen überwiesen werden, wovon 10 Prozent den Agitationsbezirken zu überweisen sind.

Begründung:

Antragsteller sind der Meinung, daß bei der jetzigen kostspieligen Agitation, die jetzt zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen. Außerdem auch namentlich bei großen Ortsgruppen die Lokalkasse durch andere Ausgaben belastet wird.

3. Die nächste Generalversammlung unseres Verbandes in Duisburg abzuhalten.

Begründung:

Duisburg ist der Sitz des Verbandes und hat auch hier der Verband das Licht der Welt erblickt, dürfte schon aus diesem Grunde ein Anspruch herbeigeführt werden, die Generalversammlung daselbst abzuhalten. Andererseits die hiesige Arbeitererschaft noch in ihrer Mehrzahl auf christlich-nationalen Boden steht und noch ein umfangreiches Arbeitsfeld in der Agitation vorhanden ist.

Ortsgruppe Freiburg i. B.

Die Bezirksstelle Freiburg stellt an die in München tagende Generalversammlung den Antrag, dem Paragraphen 8 betr. Wander- und Reiseunterstützung

einen Zusatz beizufügen, der in Folgendem lautet:

Ein Teil unserer Verbandskollegen, die infolge ihrer Berufsart gezwungen sind, bei einem etwaigen Stellenwechsel nach einem anderen Orte die Eisenbahn zu benutzen und oftmals sehr große Entfernungen zurückzulegen, muß es unbedingt als ein Mandat in der Fassung unseres Unterstützungsparagraphen finden, daß z. B. ein Kollege, den sein neuer Stelle in einem 500 Kilometer entfernten Ort führt und dies in einem Tag leicht erreicht, § 8 Abs. 5 nur eine Mark Unterstützung erhält, während ein anderer, der die gleiche Strecke zu Fuß zurücklegt, mit einer Wanderung von 20 Kilometern pro Tag für die nötigen 20 Wandertage 20 Mark erhält.

Es ist erklärlich, daß die gezwungener Weise oder auch freiwillig per Bahn reisenden Mitglieder dies als peinlichen Mißstand empfinden müssen und seitens des Verbandes baldigst ein besseres Entgegenkommen erwünschten. Die Höhe der in solchen Fällen zu gewährenden Unterstützung ist in das gütige Ermessen der Generalversammlung gelegt, doch möchte die Bezirksstelle Freiburg eine minimale Vergütung von 2 Pfennig pro Kilometer in Vorschlag bringen und hat hierbei auch in Betracht gezogen, daß die per Bahn reisenden Kollegen auch weniger mit einem größeren Ausfall von Arbeitslohn zu rechnen haben.

Die Bezirksstelle Freiburg bittet die Generalversammlung höflichst, einen Zusatz zu § 8 in ungerogtem Sinn in Erwägung zu ziehen und dadurch gerechter Weise für alle Kollegen einen einigermaßen ausgleichende Unterstützung zu schaffen, da meistens der größte Mißstand solche Kollegen trifft, die sonst bei andern Unterstützungen durch den Verband weniger in Betracht kommen.

Ortsgruppe Nürnberg.

Die Generalversammlung wolle beschließen, den § 11 des Statuts dahingehend zu ändern: „Daß für verheiratete männliche Mitglieder die Unterstützung bei Streik pro Woche 14 Mark und für Ledige 12 Mark beträgt.“

Begründung: 1. Die fortwährend erhöhten Ausgaben zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben zum Lebensunterhalt des Arbeiters. 2. Die gleichen Pflichten bei der Beitragszahlung für Ledige und Verheiratete. 3. Die vorgezeichnete Streikunterstützung in den Konkurrenz-Organisationen berechtigen zur Abänderung des § 11 im Sinne des Antrages.

Bezirk Nürnberg.

Die Schwabacher Bezirksstelle wünscht in ihrem Antrage eine Notstandsunterstützung für außerordentliche Fälle. Dieser Antrag wird von der Konferenz der Generalversammlung zur Beratung übermittelt.

Ortsgruppe Eupen.

1. Dem § 12 unseres Statuts einen § 12 a beizufügen: Kollegen, welche dem Verbandsverbande mindestens 2 Jahre angehören und für diese Zeit ihre Beiträge gezahlt haben, können, wenn sie Invalide werden, ihr Anrecht an das Sterbegeld beibehalten, wenn sie wöchentlich einen Beitrag von 10 Pf. zahlen und soll auch für diese Kollegen eine Steigerung des Sterbegeldes nach Maßgabe der Dauer ihrer Mitgliedschaft eintreten.

Begründung: Die Ortsgruppe Eupen ist der Ansicht, daß es ein Unrecht ist, daß invalide Kollegen, die jahrelang dem Verbandsverbande angehören, vielleicht sogar Großes in der Agitation geleistet haben, nun ihres Sterbegeldes verlustig gehen sollen, weil es ihnen wegen ihrer Verdienstlosigkeit nicht mehr möglich ist, den vollen Wochenbeitrag zu bezahlen. Auf der Generalversammlung 1902 in Köln wurde ein Antrag in diesem Sinne angenommen. Bei Neuregelung der Sterbeunterstützung und Neuausgabe der Statuten, ist der betr. Passus nicht mehr aufgenommen worden.

2. § 33 Absatz 1 erhält folgende Fassung: Den örtlichen Verwaltungsstellen stehen 15% der Beiträge zur Bestreitung ihrer Ausgaben zu, wovon die kleineren Ortsgruppen unter 100 Mitglieder mindestens 5%, die Ortsgruppen über 100 Mitglieder mindestens 7 1/2% an den Agitationsbezirk für Agitation und Bezirksleitung abgeführt werden muß.

Begründung: Die örtlichen Ausgaben sind in vielen Fällen nicht wesentlich geringer als in den größeren Ortsgruppen, diese letzteren aber können vermöge ihrer höheren Einnahmen an Wochenbeiträgen diese Ausgaben leichter bestreiten, hierzu kommt dann, daß diese kleineren Ortsgruppen in der Agitation vielfach auf sich selbst angewiesen sind, da sie vom eigentlichen Zentrum der Agitation, dem Sitz des als Agitator angestellten Beamten

zu weit entfernt sind und deshalb nicht diejenige Unterstützung finden können, die wünschenswert wäre. ... können die kleineren Ortsgruppen nach und nach ein Fund an sammeln für außerordentliche Fälle, z. B.: 2. wo die gegnerischen Organisationen vom ersten Tag Streikunterstützung bezahlen, auch unseren Kollegen aus ähnlichen Mitteln eine solche Unterstützung zu gewähren.

Ortsgruppe Menden i. W.

1. Am Kopfe unseres Verbandsorganes jedesmal den Inhalt anführen, sowie am Schlusse des Jahres ein Inhaltsverzeichnis beizulegen.
Begründung: Den Kollegen, besonders denen, die in der Agitation stehen, raubt es jedesmal sehr viel Zeit, wenn dieselben einen zur Agitation brauchbaren Artikel suchen wollen, steht der Inhalt aber am Kopfe (Ueberschriften), so brauchen dieselben nur dieses jedesmal nachzusehen.
2. Den Ortsgruppen 10% der Einnahmen zu überweisen.

Begründung: Schon vor der Generalversammlung in Offenbach traten einige Ortsgruppen für 15% Einnahmen der Ortsgruppen ein. Durch die jetzigen Beschlüsse ist es erschwert, Lokalbeiträge zu erheben. Außerdem hat die hiesige Ortsgruppe noch jedem auswärtigen Agitations-Medner, einschließlich des Bezirksleiters, aus der Lokalkasse bezahlt, somit durchaus keinen Nutzen von der, an der Bezirksleitung abgeführten 7 1/2 Prozent.
3. Einführung der Klassenweisen Beitragszahlung, so wie der hieraus entstehenden Klassenweisen Unterstützungs-Auszahlung.

Begründung: a) Bei den 50 Pfg.-Beiträgen hält es sehr schwer, neue Kollegen für den Verband zu gewinnen (?? Ist nicht richtig, selbst dem Verteilen des 50 Pfg.-Beitrages hat der Verband innerhalb eines halben Jahres 6000 Mitglieder gewonnen. D. N.). Bei Klassenweiser Beitragszahlung steht es zu erwarten, daß die Kollegen, wenn dieselben erst den Wert der Organisation erkannt haben, in ihrem eigenen Interesse in einer höheren Klasse eintreten.

b) Hier im Sauerlande, namentlich in dem oberen Teile desselben, wo noch Hausindustrie herrscht, ist es den Kollegen, die oft bloß einen Tages-Verdienst von 2 Mk. oder 2.50 Mk. haben (bei schwerer Arbeit) unmöglich, neben ihren sonstigen Abgaben noch 50 Pfg. pro Woche für den Verband zu zahlen. Jeder, der in der Agitation in dieser Gegend gearbeitet hat, wird die Erfahrung gemacht haben, daß die dortigen Kollegen sich wohl gerne dem Verbaude anschließen, wenn sie in der Lage waren die hohen Beiträge zu zahlen. Dieses trifft auch für andere schlecht entlohnte Gegenden zu.

c) Stehen die Kollegen einer solchen Gegend in einem Streik oder einer Aussperrung, so kann es vorkommen, daß ein mit Kindern reichgezeugter Kollege mehr Streikunterstützung empfängt, als sein bisheriges Verdienst ist, daß solche Kollegen sehr schwer, besonders wenn nicht alles erreicht ist, wieder zur Arbeit zu kriegen sind, wird jedem einleuchten. Daß die hieraus leicht entstehende Disziplinlosigkeit nur das Ansehen des Verbandes schadet, muß auch der schärfste Gegner der Klassenweisen Beitragszahlung zugeben.

d) Den Kollegen in den größeren schöneren Orten, ist es ebenfalls nicht möglich, mit den Unterstützungen auszukommen, wie noch in Nummer 26 unseres Organes von Berlin gemeldet wurde, für diese würde sich aus diesem Grunde eine noch höhere Klasse als die bisherige empfehlen. Wir schlagen darum eine dreiklassige Beitragszahlung vor.

Ortsgruppe Vingst.

In Paragraph 7 Abs. 4 folgende Fassung zu geben:
Bei Erwerbslosenunterstützung tritt die Unterstützung mit dem vierten Tage in Kraft anstatt nach 7 Tagen.

Begründung.

Wir versprechen uns hierdurch ein leichteres Agitationsmittel bei der jüngeren Arbeiterschaft, sie sind leichter zum Beitritt zu bewegen, weil durch diese Unterstützung die zweite Krankenkasse für sie überflüssig wird.

Dann soll es weiter in Paragraph 33 heißen: den Ortsverwaltungen stehen 20 Prozent statt 15 Prozent zu.

Begründung.

Ebenso wie es dem Bezirke nicht möglich ist mit 5 Prozent auszukommen, ist es auch den Ortsverwaltungen nicht möglich, mit 7 1/2 Prozent zu arbeiten, denn jeder in Verwaltung tätige weiß, welche Anforderungen an die einzelnen Ortsgruppen gestellt werden, wenn die Mitglieder einigermaßen zu brauchbaren Gewerkschaftlern herangezogen und geschult werden sollen. Mit einem Lokalzuschlag läßt sich auch nicht allwärts dienen, denn hier muß man sich auch den örtlichen Verhältnissen anpassen.

schafflern herangezogen und geschult werden sollen. Mit einem Lokalzuschlag läßt sich auch nicht allwärts dienen, denn hier muß man sich auch den örtlichen Verhältnissen anpassen.

Ortsgruppe Stollberg.

Paragraph 10 Abs. 3 unseres Statuts folgende Fassung zu geben:
Keinen Anspruch auf Maßregelungsunterstützung haben diejenigen, welche . . . usw. oder bei Wahlangelegenheiten aus der Arbeit entfernt werden.

Begründung.

Bei der jetzigen Fassung erhalten auch solche Unterstützung, die wegen Gewerbegerichtsverfahren oder Knappschaftswahlen gemindert werden. Es ist aber nicht zu leugnen, daß diejenigen für die bezeichneten Wahlen fast immer im Interesse unseres Verbandes liegen.

Als Delegierte zur Generalversammlung wurden gewählt:

- Schwab.-Gemeind. Kollege N. Vogt.
- Würzburg. Die Kollegen Franz Schümer und Wilh. Schwarz.
- Bremen. Kollege Bernhard Schulte.
- Offenbach. (22. Wahlbezirk) Kollege Scherer.
- Mürnberg. Kollege Göß.
- Mannheim. Kollege Samstag.
- Wahlbezirk Stollberg. Kollege Meuser.
- Magdeburg. Kollege Theissen.

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 15. Juli der neunundzwanzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 15. Juli bis 22. Juli 1906 fällig.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Streik- und Lohnbewegungen.

- S.-Glöblich.** In der Papierfab. Firma Sanders sind Differenzen ausgebrochen. Heizer, Maschinenisten und Schlosser kommen in Betracht. Grund: Maßregelung.
- Werdohl.** Bei der Firma Gebr. Brüninghaus haben die Gabelarbeiter und Former wegen Lohn Differenzen gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.
- Dortmund.** Zugang von Formern und Gießereiarbeitern fernhalten.
- Siegburg.** Bei der Firma Volks Kattunfärberei Differenzen ausgebrochen. Reparaturhandwerker, Heizer und Maschinenisten kommen in Betracht.
- Duisburg.** Fittingswerk G. m. b. H. Streik ausgebrochen.
- Bochum.** Westfal. Stahlwerk für Former geipert.
- Bochum.** Lohnbewegung der Klempner. Zugang ist fernzuhalten.
- Bremen.** Klempnerstreik.
- Worms.** Firma Stumpf Bauischlosserei. Zugang ist fernzuhalten!

Aus dem Verbandsgebiet.

Mülhausen. Wegen der Delegiertenwahl zur Generalversammlung unseres Verbandes hatten wir eine Generalversammlung unserer Ortsgruppe für den 1. Juli anberaumt. Da wir nun mit dem Vorgehen unseres Wahlvorstandes in Freiburg in keiner Weise zufrieden sein können und zwar aus folgendem Grund, weil andere Vorschläge als die ihrigen nicht pflichtgemäß anerkannt wurden. Ursache dazu soll sein, die großen Unkosten die durch das Hin- und Herschreiben an die verschiedenen Ortsgruppen entstehen.

Das hat mit Recht unsere Mitglieder veranlaßt, einstimmig folgende Resolution anzunehmen:

„Die heute Generalversammlung der Ortsgruppe Mülhausen protestiert gegen den Wahlvorstand Freiburg (Wahlbezirk 28) des ungerechten Vorgehens bezüglich der Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Da jeder aufrichtige Gewerkschaftler bestimmen muß, wenn wir verlangen, daß Gleiches Recht für Alle gewährt wird. Da dieses nun vom Wahlvorstand Freiburg nicht in uns gehalten wurde, so suchen wir

unsern werthen Verbandsvorstand, diese Sache in die richtige Bahn zu geleiten. Da ohne diese Zurücksetzung die Verhältnisse hier im Ufaß uns genügend Schwierigkeiten bereiten in der Agitation und am Vorwärtkommen unseres Verbandes.

Die Ortsgruppe Mülhausen i. G.

Bezirk Nürnberg. Unsere Konferenz tagte am 1. Juli in Nürnberg mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, 2. Bericht des Kassierers, 3. Referat über Agitation und Taktik, 4. Anträge und Verschiedenes.

Zur Mitberatung und Erledigung der Tagesordnung waren außer dem Ausschusse noch 12 Delegierte vertreten, worunter sich auch eine Kollegin befand. Allseits wurde von den Delegierten bedauert, daß der Verbandsvorsitzende Kollege Wieber trotz seiner Zusage nicht erscheinen konnte. Der Bezirksleiter betonte in seinem Bericht, daß die Agitation im Allgemeinen besser wurde welches uns die Mitgliederzahl, die seit der letzten Konferenz vom 11. März d. Js. von 680 auf 1000 gestiegen ist, beweist. Die Zahlstelle Nürnberg hat allein über 200 Mitglieder zugenommen. Neugründungen fanden statt in Schweinfurt, Sulzbach und Erlangen, während solche in Ansbach, Roth und Pegnitz in Aussicht stehen. Von den Diskussionsrednern wurde die Lage ihrer Ortsgruppen näher erläutert und hauptsächlich die Agitationsweise, Referenten vom Bezirk aus in die angeschlossenen Zahlstellen zu entsenden, für sehr vorteilhaft bezeichnet.

Kassenbericht: Kassenbestand am 31. März 1906: 391,82 Mk. Ausgaben für Agitation 74,70 Mk., bleibt Rest am 30. Juni 317,12 Mk. Die Kasse wurde von den Delegierten Rudolf aus Schwabach und Schern aus Amberg revidiert und für richtig befunden, weshalb dem Kollegen Braun für seine ordnungsmäßige Kassenführung von der Konferenz einstimmige Decharge erteilt wurde. Der Bezirksleiter Kollege Trochmann gab hier nach praktische Winke über Agitation, schilderte den Klassenkampf und die Taktik der modernen Gewerkschaft und kennzeichnete dieselbe nur als Vorstufe der Sozialdemokratie. Er empfahl deshalb zum Schlusse unsere christliche Organisation, welche durch Reformarbeit ihre Aufgabe zu lösen sucht, auf das Beste. In der Diskussion empfiehlt Kollege Göß-Nürnberg eine zweckentsprechende Bibliothek in den Zahlstellen zur Ausbildung von Referenten. Er lenkte sein Augenmerk besonders auf das Vertrauensmännersystem, welches als Hauptfunktionsapparat in den Ortsgruppen tätig sein soll. Kollegin Heret-Nürnberg schilderte das Vorgehen der freionabhängigen Arbeiterinnen, besonders in den Siemens-Schuckertwerken, wo sich dieselben schon Denunziationen erlaubten, was uns jedoch nicht von der Sache abbringen kann. Sie wünscht, daß auch die christlichen Arbeiterinnen endlich die Notwendigkeit der christlichen Organisation erkennen und bittet deshalb die Delegierten gerade in diesem Punkte für warmes Interesse. Unter den Anträgen war die Hauptfrage, die Anstellung eines Bezirkssekretärs. Da alle Delegierten die unbedingte Notwendigkeit einer freigestellten Kraft erkannten, so wurde nach reiflicher Diskussion der Beschluß gefaßt, es mögen alle Delegierten bis zum 1. August d. Js. in ihren Ortsgruppen einen wöchentlichen Bezirksbeitrag von 5 Pfg. zur Erhaltung eines Sekretärs zur Durchführung bringen. Allerdings wird ein Zuschuß von der Zentrale noch nötig sein, welcher auch gewährt werden wird. Nachdem im Punkt Verschiedenes noch einiges erledigt war, schloß der Vorsitzende Kollege Trochmann mit dem Wunsche, recht bald einen Bezirkssekretär in unserer Mitte zu haben, um so mit voller Kraft für die christliche Gewerkschafts Sache einzutreten, die gut verlaufene Konferenz.

Gelsenkirchen. Eine bemerkenswerte Mitgliederversammlung hielt am 1. Juli unsere Ortsgruppe ab. Dieselbe war sehr gut besucht. Kollege Evert hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Hierauf begründete der Vorsitzende Kollege Bethel eingehend die Notwendigkeit der Erhebung eines Lokalbeitrages. Neben den Aufgaben des gesamten Verbandes haben auch die Ortsgruppen ihre besonderen Aufgaben, z. B. bei sozialen Wahlen, wie für Gewerbegerichte und Krankenkassen. Den Ortsgruppen sollte auch die lokale Agitation zu. In der Altstadt Gelsenkirchen sei besonders das Kleingewerbe vertreten. Im Kleingewerbe sind die Meister meistens noch größer als in der Großindustrie. Bei der heutigen guten Konjunktur würde überall mit Ueberstunden gearbeitet. Während in der Großindustrie diese Ueberstunden, wenn auch nur mit dem gewöhnlichen Stundenlohn bezahlt würden, also ohne Aufschlag, käme es bei den kleinen Meistern sogar vor, daß die Kollegen für Ueberstunden gar nichts erhielten. Auch die Löhne seien meistens niedriger.

Ein Meister habe noch vor kurzem einem Schlossergefellen, der 8 Jahre gelernt, ein halbes

seine Lehre anzuhaben, einen Lohn von zwei Mark gezahlt: für hiesige Verhältnisse gewiß keinen Lohn. Die Schlingensichterei sei ein Krebsbissel im Kleingewerbe. Hier müsse einmal besonders und zwar bald eingegriffen werden.

Viele im Kleingewerbe beschäftigten Kollegen haben sich unserer Zahlstelle bereits angeschlossen. Aber es bedürfte noch bedeutend weiterer Agitation hier am Orte. Der Bezirksausschuß habe in seiner letzten Sitzung beschlossen, einen weiteren Agitationskomitee freizustellen. Dieses sei für Gelsenkirchen besonders notwendig. Wenn auch die Zentrale einen Zuschuß leisten hierfür, so ist es doch selbstverständlich, daß auch die Kollegen ein weiteres Opfer bringen müssen.

In der anschließenden Diskussion traten sämtliche Redner für die Erhebung eines besonderen Nachweises von 10 Pfg. ein.

Die Versammlung beschloß einstimmig, vom 1. August ab einen Extra-Wochenbeitrag von 10 Pfg. zu zahlen. — Zum Versammlungsort wurde die Wirtshaus des Herrn Eckermann, Ottilienstr., gewählt.

Nachdem noch die Delegierten für die Bezirkskonferenz gewählt, wurde die Versammlung mit einem donnernden Hoch auf den christl. sozialen Metallarbeiterverband geschlossen.

Kollegen! Unsere Zahlstelle wurde im Anfang des vorigen Jahres mit 18 Mitglieder neu begründet. Die fleißige Mitarbeit aller Kollegen hat es dazu gebracht, daß diese Zahl heute auf über hundert gestiegen ist. Der Beschluß in unserer letzten Versammlung hat gezeigt, daß wir auch ferner zu weiteren Opfern bereit sind, im Interesse unseres Berufes im Interesse unseres Verbandes. Nicht ruhen und rasten dürfen wir. Alle Kollegen müssen mithelfen, bis der letzte christliche Metallarbeiter der Alt- und Neustadt Gelsenkirchen sowie Uedendorf dem christl. sozialen Metallarbeiterverbande angehört. Das gilt sowohl den Kollegen, welche auf den Fabriken beschäftigt sind, weil dort noch hunderte nicht organisiert sind, aber auch den Kollegen im Kleingewerbe. Unsere Parole heißt: Das 1. Hundert haben wir überschritten, das 2. Hundert muß am Schlusse des Jahres erreicht sein.

Wenn alle Kollegen mithelfen, wird es ein leichtes sein, dieses Ziel zu erreichen. Hoch der christliche Metallarbeiterverband!

Magdeburg-Neustadt. Die für den 23. Juni vom Bezirksleiter, Kollegen Teifen einberufene Versammlung war ziemlich gut besucht. Tagesordnung war: 1. Zusammenschluß der Zahlstellen von Magdeburg und Umgegend zu einer einzigen Ortsgruppe. 2. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung in Aachen. 3. Wahl eines ersten Vorsitzenden. 4. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 hielt Kollege Teifen das Referat. Er sagte klar, wenn die Ortsgruppen von Magdeburg und Umgegend zu einer einzigen verschmolzen würde, wäre der Zentrale viel Arbeit gespart, es würde an Zeitungsporto wöchentlich allein 3 Mk. erübrigt, das überhaupt eine bessere und genauere Arbeit von Seiten der Zentrale, wie auch von Seiten Magdeburgs geleistet würde. Er meinte, wir kämen dem sehnlichsten Wunsche unseres Verbandsvorsitzenden nach, der auch weiß, wie notwendig der Zusammenschluß ist. Es sprachen sich noch mehrere Kollegen für den Zusammenschluß aus, so daß sich die Versammlung einverstanden erklärte. Hierauf folgte die Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung in Aachen. Das Resultat wird in der nächsten Versammlung bekannt gegeben. Punkt 3: Wahl eines Vorsitzenden. Da Kollege Blumenthal das Amt nicht mehr verwalteten kann, wurde an seine Stelle Kollege Baumann gewählt. Kollege Teifen hebt die Verdienste des Kollegen Blumenthal hervor, der seine Pflicht voll und ganz getan hat und sprach ihm auch den Dank der Versammlung aus. Möge sein Nachfolger ebenso auf seinem Posten sein. Nachdem Kollege Teifen nochmals seine Freude über den schönen Versammlungsbesuch Ausdruck gegeben hatte, sprach er den Wunsch aus, daß alle Versammlungen so gut besucht sein möchten. Nach einem kurzen Schlußwort hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Gott segne die christliche Arbeit!

Dreslau. In unserer letzten Mitgliederversammlung, welche gut besucht war, referierte Herr Arbeitersekretär Langer, der als Sekretär des Gesamtverbandes nach Berlin überstellt. Bei seinem Rückblick auf die Vergangenheit unserer Zahlstelle, betonte er besonders, daß trotz aller nur erdenklichen Mühen die Arbeiten bisher leider nicht mit dem Erfolge gekrönt waren, wie es gehofft wurde. Der Blick in die Zukunft sei bedeutend heiterer und hoffener, daß wir uns in den neuen Hoffnungen nicht täuschen. Möge die Zahlstelle immer

welter wachsen, blühen und gedeihen. Er schelde zwar von hier, doch lasse er uns nicht allein, sondern sein Nachfolger in seinem Amte, soll auch hier sein Nachfolger sein und das, was er begonnen fortführen und vollenden. Der Vorsitzende dankte Kollege Langer für seine herzlichen Worte, wie für die ganze Arbeit, welche er gern und freudig übernommen habe und wünschte ihm, daß seine Arbeit im neuen Wirkungskreis mit Gottes Hilfe von Erfolg gekrönt sein möge. Die Zahlstelle werde seiner stets gedenken. Aber auch er sollte nicht stets gedenken, damit die Worte in Erfüllung gehen: „Und sind wir auch fern voneinander, so bleiben die Herzen sich nah“ und alle, ja alle wirds freuen, wenn einem was Gutes geschah“.

Nunmehr ergriff Arbeitersekretär Gebhardt das Wort und versprach, mit ganzer Seele an dem Gedeihen und Wachsen der Zahlstelle mitzuarbeiten. Aber dazu bedürfte auch der Mitarbeit jedes einzelnen Mitgliedes. Möge jeder im Vierteljahr ein einziges Mitglied gewinnen, dann ist es gut mit dem Wachstum und der innere Ausbau wird nicht zurückbleiben. Mit den Worten „Auf zur energischen Mitarbeit“, schloß Redner seine kurzen, aber durchgreifenden Ausführungen.

Auch ihm dankte der Vorsitzende für seine vortrefflichen Worte und richtete an die Mitglieder die dringende Bitte, diese Worte zu beherzigen und in die Tat umzusetzen.

Es wurde beschlossen, nach dem Kongreß einen praktischen sozialen Kursus zu halten und die Kollegen Gebhardt und Bod stellten sofort ihre Kräfte in den Dienst der guten Sache.

Nächste Versammlung, Sonnabend, den 14. Juli. Vortrag des Kollegen Bod.

Schweinfurt. Schon öfter hatten wir die Freude, Kollegen und Freunde der christlichen Gewerkschaftsbewegung in unserer Mitte begrüßen zu können. Wir erinnern nur an Kollege Bergmann sowie Herrn Lic. Mumm und Jarowski. Zu unserer letzten Versammlung war Kollege Trochmann-Nürnberg erschienen, der noch in letzter Stunde herbeigeeilt war um unsere Ortsgruppe kennen zu lernen. Das Thema seines Vortrages war: „Der Kampf in der heutigen Arbeiterbewegung“. Klar und deutlich entrollte derselbe ein Bild der gegenwärtigen Situation, welche durch die einseitige Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaften, besonders des freien Metallarbeiterverbandes für die Arbeiterschaft noch verschlechtert wird. Wohin diese Taktik führt, das haben die letzten Niederlagen des freien Metallarbeiterverbandes noch bewiesen. Es ist deshalb die Mahnung wohl angebracht, die Arbeiter sollen sich nur solchen Organisationen anschließen, die christlich ihre Interessen vertreten, wie es die christlichen Gewerkschaften tun und darum kann er auch jeden Kollegen nur zurufen, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Als zweiter Redner sprach Arbeitersekretär Schwarz, der ebenfalls die Anwesenden aufmunterte, alle Kräfte anzuspannen, damit wir auch in Schweinfurt bald den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband gewachsen sind. Wie es von Seiten dieses Verbandes auch hier getrieben wird, nur ein Beispiel. In einem hiesigen Werk wurde von diesen Heiden auf eigene Faust ohne Wissen der Bezirksleitung ein Streik inszeniert. So erlebten wir denn das Schauspiel, daß die Hälfte der rotorganisierten Arbeiter streikten, während die andere Hälfte weiter arbeitete. Trotzdem wurde von der Verbandsleitung der Streik nachträglich anerkannt. Ein Beweis von der Disziplinlosigkeit im roten Metallarbeiterverband, die durch die nachträgliche Anerkennung von der Verbandsleitung noch gefördert wird. So wurde in einer Versammlung der eigene Bezirksleiter beschimpft, mit Bier beschüttet und hinausgeworfen und nur das Eingreifen des Wirtes schützte ihn vor weiteren Insultationen. So etwas kann nur bei den rot organisierten Verbänden vorkommen, wo man keine Autorität anerkennt und die Disziplinlosigkeit zu Hause ist. Welcher anständige und denkende Arbeiter hat Lust, sich einer solchen Gesellschaft anzuschließen? Da kann für jeden nur die Parole lauten: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband! Kollegen von Schweinfurt und auch andernwärts, folgt dieser Parole.

Bekanntmachung.

Der Zahlstelle Darmstadt, sowie der Ortsgruppe Heilbronn wird die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 5 Pfg. und der Zahlstelle Nürnberg eines solchen von 10 Pfg. für männliche und 5 Pfg. für weibliche Mitglieder, sowie der Ortsgruppe Stuttgart zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pfg. pro Woche erteilt. Die Nachbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Briefkasten

Unser Briefkasten. Mehrere Briefe mußten wegen zu spätem Eintreffens zurückgestellt werden.

Versammlungs-Kalender.

- Buchholz-Großenbaum.** Sonntag, den 15. ds. Monats morgens 11 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Weinmann.
- Buchholz.** Sonntag, den 15. Juli 11 1/2 Uhr morgens bei Weinmann.
- Frankfurt.** Sonntag, den 15. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr bei Weinmann.
- Hamm.** Die nächste Versammlung findet nicht Sonntag den 22. Juli, sondern am Samstag den 21. Juli, abends 8 Uhr in den Luisenpark (Kath. Vereinshaus) statt.
- Greifswald.** Sonntag, den 21. Juli in der Reichshalle 9 Uhr abends. Referent Arens.
- Quisburg II.** Sonntag, 22. Juli, nachmittags punkt 4 Uhr Generalversammlung im Schützenhause zu Beck (Erfens), zu und die Frauen eingeladen sind. Vortrag des Herrn Meurers Collet-Muhrort. Vollzähliges und vor allem pünktliches Erscheinen wird erwartet.
- Weyers Quisburg II.** Die Adresse des Bezirksleiters lautet von jetzt an: Aug. Frazzen, Quisburg-Muhrort, Kaiserstraße 1 (Telefon 674). Alle Zuschriften sind an die neue Adresse zu senden.
- Dillenburg.** Sonntag, 15. Juli, morgens 11 Uhr bei Kaufmann, 14. Diskutierklub.
- Essen-Dröbervermuthung.** Sonntag, den 15. Juli, nachmittags 4 Uhr beginnend großes allgemeines Gewerkschaftsfest der 10 000 Personen fassenden Festhalle an der Friedrichstraße. Karten sind bei den Vertrauensmännern und auf der Geschäftsstelle zu haben. Mitteilungsblätter müssen vorgezeigt werden.
- Essen-Altenessen.** Sonntag, den 15. Juli morgens 11 Uhr bei Donges.
- Essen-Steele.** Sonntag, den 15. Juli bei Straus in Hordel.
- Essen-Zegeroth.** Die nächste Versammlung ist wegen Gewerkschaftsfest nicht am 15. sondern am 22. Juli. Sonntag den 15. Juli morgens 11 Uhr bei Busch Sitzung des Vorstandes und der Hausfrauenmänner.
- Essen-Kleingewerbe.** Samstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.
- Essen-Vortrop.** Sonntag, den 15. Juli, nachmittags 3 Uhr bei Richter, Juh. Tromann.
- Essen-Deulwig.** Sonntag, den 15. Juli, abends 6 Uhr bei Hoffmann.
- Kalk.** Sonntag, 15. Juli, vormittags 11 Uhr Generalversammlung bei Schorodt. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.
- Karlruhe.** Samstag, den 21. Juli, abends 9 Uhr im Palmengarten, Fernstraße 44a außerordentl. Generalversammlung Tagesordnung: Neuwahl des 1. Vorsitzenden.
- München.** Samstag, 21. Juli, abends 8 Uhr im goldenen Anker, Schillerstr. 20, Referent Königsbauer.
- Mühlhausen i. G.** Montag, 16. Juli, abends 8 Uhr Lokalparade Monatsversammlung, wöchentliche Tagesordnung.
- Mannheim.** Alle 14 Tage Versammlung, nächste am 21. Juli, goldene Schlange, D 3. 7. Ab 1. August wohnt der Vorsitzende Kollege Schönl, S 5. 5., 2. Stock. Neige-Unterstützung Joseph Reichert Ludwigsbadstr. 6, 2. Stock.
- Stroßheim.** Die nächste Versammlung findet am Sonntag den 21. Juli, abends 9 Uhr im Lokal „Prinz Mag“ statt. Referent des Kollegen Schwarz.
- Schweidnitz.** Sonnabend, 4. August im kath. Vereinslokal punkt 8 1/2 Uhr. Alle müssen erscheinen.
- Siegburg.** Sonntag, den 15. Juli, morg. 11 Uhr, Generalversammlung, Siegburger Hof.
- Schwachtendorf.** Sonntag, den 15. Juli morgens 11 Uhr Versammlung. Alles muß erscheinen. Vortrag.

Agitationsbezirk Essen.

In der letzten Sitzung des Ausschusses des Agitationsbezirks Essen wurde beschlossen, vom 1. August 1906 ab einen weiteren Agitationsbezirk freizustellen. Bewerbungsverordnungen sind:

- 1) Eine zweijährige Zugehörigkeit zum Verband;
- 2) Einreichung des Lebenslaufes, sowie den Nachweis über bisherige Tätigkeit im Verband;
- 3) Eine schriftliche Arbeit „über die Aufgaben eines Agitationsbeamten“.

Das Anfangsgehalt beträgt 1800 Mk., Bewerber müssen eine gute rhetorische Befähigung verfügen, sowie in schriftlichen Arbeiten gewandt sein.

Bewerbungsgehuche sind bis spätestens zum 1. August an den Vorsitzenden des Ausschusses, Kollegen Christ. König, Essen, Vereinsstr. 19, einzureichen.

Einige tüchtige Messingdreher

finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung bei Zulauf & Cie., Metallwarenfabrik, Höchst a. Main.

Unseren lieben Kollegen
Edmund Weinbrenner nebst Braut
Wilhelmine Grefen
sowie
Matthias Kerpen nebst Braut
Amalie Spannagel
die herzlichst. Glück- u. Segenswünsche
zur Vermählung.
Ortsverwaltung Essen, Sektion Altenessen